

Beschluss des 68. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 12.10.2025

Der Schengen-Raum darf nicht in der Asyl- und Migrationspolitik geopfert werden.

Das Schengen-Übereinkommen ist ein wesentlicher Baustein unserer Europäischen Freiheiten. Die Kontrollen an den Binnengrenzen beschädigen Schengen und stellen in der Asyl- und Migrationspolitik eine Scheinlösung dar. Die Europa-Union Deutschland bekräftigt ihre Forderung, das Schengen-Übereinkommen zu schützen. Seine Errungenschaften der Reisefreiheit und der Erleichterungen im Binnenmarkt sollen bewahrt werden. Ein stärkerer Fokus soll stattdessen auf langfristig wirksame, europäische Lösungen gelegt werden.

Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraums

Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraums sind Symbolpolitik mit hohen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Schäden und Kosten. Binnengrenzkontrollen untergraben langfristig eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration und schaden insbesondere den Grenzregionen. Grenzkontrollen sollen durch funktionierende Lösungen ersetzt werden. Hierzu zählen stichpunktartige mobile Grenzkontrollen im Hinterland („Schleierfahndung“), verstärkter Austausch von sicherheitsrelevanten Daten und Informationen zwischen Mitgliedstaaten sowie intensiverte Zusammenarbeit von europäischen Sicherheitskräften und Justiz.

Eine gemeinsame, handlungsfähige Asyl- und Migrationspolitik

Die Herausforderungen in der Asyl- und Migrationspolitik können nur europäisch gelöst werden. Hierzu bedarf es einer zeitnahen Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik (GEAS), um eine gerechte Inanspruchnahme von Mitgliedstaaten und Sicherheitsbedürfnissen der

europäischen Bevölkerung zu gewährleisten. Die europarechtswidrige Abschaffung der Prüfung von Schutzbegehren und die Zurückweisung von Asylsuchenden an Binnengrenzen werden von der Europa-Union Deutschland strikt abgelehnt.

Hierzu verlangen wir die dringende und unverzügliche Umsetzung der nachstehenden Forderungen:

- Personelle und materielle Stärkung der Europäischen Agentur für Grenz- & Küstenwache FRONTEX und ihre rechtliche Stärkung in den Mitgliedstaaten zur Ermöglichung von effektiven, gemeinsamen, menschenwürdigen Kontrollen an den Außengrenzen.
- Aufbau eines gemeinsamen europäischen Grenzschutzes mit europäischen Beamten und Personal, die dem Europäischen Parlament zur Rechenschaft verpflichtet sind.
- Förderung legaler, gezielter Arbeitsmigration, insbesondere aus Nachbarregionen, zur Schaffung sicherer und legaler Migrationsoptionen sowie die Erleichterung des dauerhaften Aufenthalts integrierter Geflüchteter samt der Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft vor Ort.
- Bekämpfung von Fluchtursachen durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, einschließlich einer ganzheitlich verstandenen Sicherheitspolitik, wozu auch eine starke Entwicklungs- und faire Handelspolitik zählen.
- Stärkere Bekämpfung der organisierten Schleuserkriminalität. Die Rettung von Menschen aus Seenot muss in jedem Falle Vorrang haben.
- Bessere Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft des Mitgliedstaates, in dem sie leben, sowie Beschleunigung der Asylverfahren, ohne dabei Schutzstandards zu senken. Kommunen, Behörden und Gerichte sollen mit mehr und besseren Ressourcen für menschenwürdige Versorgung, Integration, Bildung und zügige, faire Verfahren vor Ort ausgestattet werden.

Eine komplexe, aber gebotene, nachhaltig gewinnbringende Kraftanstrengung

Die Europa-Union Deutschland ist sich bewusst, dass die hier geforderten Lösungen komplex und finanziell herausfordernd sind. Sie erfordern politischen Mut und Weitblick. Im Gegensatz dazu steht, dass die Schließung der

Binnengrenzen zu erheblichen politischen und gesellschaftlichen Verwerfungen führt und enormen wirtschaftlichen Schaden anrichtet. Europäische Lösungen umzusetzen, ist mit Blick auf den europäischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit sowie die wirtschaftliche Entwicklung erforderlich und langfristig von Mehrwert. Im Übrigen ist eine legale, gesteuerte Migration lebenswichtig für Deutschland und Europa. Es handelt sich hierbei auch um eine Verpflichtung der Menschlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Europas, insbesondere gegenüber der jungen Generation und Minderheiten, die auf ein offenes, freies und starkes Europa vertrauen.

Die Europa-Union Deutschland appelliert daher nachdrücklich an die EU-Kommission, die Bundesregierung und alle Parlamente Europas, sich zusammen mit der Zivilgesellschaft für nachhaltige europäische Lösungen einzusetzen und nicht nationalen, kurzfristig vielversprechenden Reflexen und Scheinlösungen nachzugeben. Sie wird in ihrer eigenen Arbeit weiterhin für wirksame europäische und menschenrechtskonforme Lösungen werben.